



**mouvement
écologique**

Dossier Google: Amplatz dëser Firma de rouden Teppech auszeleeën: D'Regierung muss am Interessi vum Land handelen!

Zur Erinnerung: Google plant seit langen Jahren den Bau eines Datenzentrums in Bissen. Während Jahren war eine Kühlung mit Wasser geplant, wobei Google keine konkreten Daten veröffentlichen wollte. Die Rede ging aber davon, dass der Wasserverbrauch etwa 10-15% der gesamten Wasserversorgung Luxemburgs ausmachen würde, was u.a. seitens des Mouvement Ecologique als nicht vertretbar angesehen wurde.

Nun, nach jahrelangen Diskussionen hat Google diese Tatsache dann auch anerkannt. In der Umweltverträglichkeitsstudie wurde explizit angeführt, die Wassermengen Luxemburgs würden für die integrale Kühlung des Datenzentrums nicht ausreichen! Viel Zeit ging auch durch diese augenscheinliche Fehlplanung und Intransparenz verloren.

Fakt ist: Die Situation ist heute nun aber eine andere als noch vor 10 Jahren. Luxemburg unterliegt neuen Anforderungen im Bereich der Klima- und Energiepolitik, der Flächenverbrauch („artificialisation“) soll laut dem *Programme directeur de l'aménagement du territoire* stark eingegrenzt werden... und vor allem hat sich aufgrund der Kriege in der Ukraine und im nahen Osten sowie der Wahl von Donald Trump ein neues Selbstbewusstsein der EU entwickelt.

Unabhängiger werden von internationalen bzw. amerikanischen Konzernen (mit z.T. auch im Bereich des Datenschutzes problematischen Vorgehensweisen) prägt nunmehr den Diskurs der politisch Verantwortlichen.

Die Bedeutung der „*souveraineté numérique*“ hat in diesem Zusammenhang erheblich an Bedeutung gewonnen.

Insofern gilt es auch einen neuen Blick darauf zu richten, was der reelle heutige Mehrwert des vor zig Jahren geplanten Google-Projektes für unser Land ist. Wieviele Steuern werden anfallen?

Wieviele Arbeitsplätze in welchen Sektoren geschaffen? Denn immerhin soll das Projekt an einem äußerst attraktiven Standort (neben einem der wichtigsten Umspannwerke von Creos) entstehen und immerhin 34 ha landwirtschaftliche Fläche verloren gehen und 13 ha versiegelt werden. **Ein solches Projekt müsste jedoch eigentlich im Einklang mit einer nachhaltigen und ambitionierten Energie- und Standortpolitik, absolut vorbildlich sein und einen sehr starken Mehrwert aufweisen.**

Doch zusätzlich zu diesen grundsätzlichen Überlegungen und der Frage, inwiefern die Ansiedlung von Google wirklich einen Mehrwert für unser Land darstellt, ist nicht nachvollziehbar, warum die Luxemburger Regierung – und allen voran das Umwelt- und das Wirtschaftsministerium – derzeit nicht gewährleisten, dass das Google-Projekt wie gesetzlich vorgeschrieben die „bestmögliche Technik“ einsetzt. Dies ist erwiesenermaßen nicht der Fall, wie aus einer Analyse des Öko-Instituts hervorgeht.

Zu den Fakten: Umweltministerium wird seiner Rolle nicht gerecht

- Im März 2026 erfolgte die **öffentliche Anhörung betreffend die gesetzlich vorgeschriebene Umweltverträglichkeitsstudie**. Am 23. März 2026 reichte der Mouvement Ecologique einen 31-seitigen Einspruch ein, der auf gravierende Mängel aufmerksam machte. Hauptkritikpunkt: Das geplante Datenzentrum ist weitaus weniger effizient als die sonstigen Anlagen von Google, der Energieverbrauch wäre entsprechend erheblich und die Folgen für Mensch und Umwelt höchst problematisch. Der Mouvement Ecologique hat im Anschluss an die öffentliche Prozedur die Schlussfolgerungen angefragt, die das Umweltministerium aus der Anhörung gezogen hat. Diese wurden auch vom Ministerium auf einer Unterseite seiner Webseite (die aber nicht sonderlich gut bzw. sehr schwer zu finden ist) veröffentlicht. Die Schlussfolgerung grob zusammengefasst: **Es wurden zu sagen keine Anregungen des Mouvement Ecologique, die in Zusammenarbeit mit ausländischen Experten erstellt wurden - und wohl auch keiner anderen Betroffenen – aufgegriffen ...**
- Ende Juni / Anfang Juli nun lief die **öffentliche Prozedur betreffend die Erteilung der Baugenehmigung** ab. Mittlerweile stellen Gemeinden derartige Informationen online interessierten Bürger:innen zur Verfügung. Nicht so aber die Gemeinde Bissen. Man musste einen Termin mit dem technischen Dienst der Gemeinde im Voraus festlegen und zu den regulären Arbeitsstunden diesen vor Ort wahrnehmen. Diese Vorgehensweise ist vor allem auch für Berufstätige sehr beschwerlich, zudem gilt es dann Hunderte von Seiten und Plänen durchzusehen.

Fakt ist: die Baugenehmigung ist nur ein Puzzlestein in der gesamten Genehmigungsprozedur. Aus Umweltsicht ist vor allem die Betriebsgenehmigung (deren

Prozedur noch ansteht) von elementarer Bedeutung. Und doch: Wie kann ein Gebäude geplant werden, wenn die technischen Installationen noch nicht genehmigt sind und diese je nach verwendeter Technik auch andere Anforderungen an den Bau stellen? Und: in der Anfrage zur Baugenehmigung ist nichts von Nutzung der Abwärme und den damit verbundenen Infrastrukturen die Rede, Dachflächen sollen nur begrenzt für den Bau von Photovoltaikanlagen genutzt, der Boden zu stark versiegelt werden usw. Es versteht sich von selbst, dass der Mouvement Ecologique auch in diesem Zusammenhang einen detaillierten Einspruch erhoben hat und diese doch erheblichen Probleme darin ausführlich darlegt.

- Parallel aber zu diesen Prozeduren griff der **Anwalt des Mouvement Ecologique zentrale Aspekte des Dossiers aus rechtlicher Sicht** auf und richtete diesbezüglich ein Schreiben an das Umweltministerium. Zwei zentrale Aspekte seien diesbezüglich hervorgehoben:

Geheimhaltungsklausel seitens Googles aus rechtlicher Sicht nicht zulässig

Google beansprucht eine Geheimhaltungsklausel aus wirtschaftlichen Gründen. Die rechtliche Analyse des Anwalts des Mouvement Ecologique ist eindeutig: Die „Geheimhaltung“ von bestimmten Daten (insbesondere zur Energie- und CO₂-Bilanz) widerspricht geltendem Recht. Denn die betreffenden Daten beinhalten genau jene Informationen, die für die öffentliche Bewertung des Projektes aus energetischer bzw. klimapolitischer Sicht entscheidend sind: Energiebedarf, Emissionen sowie Berechnungen zur Klimabilanz. Solche Daten dürfen, so die juristische Analyse, nicht als Geschäftsgeheimnis eingestuft werden, sondern sind von erheblichem öffentlichem Interesse.

Gemäß Luxemburger Recht, u.a. demjenigen betreffend den Zugang zu umweltrelevanten Informationen, darf eine Geheimhaltungsklausel in der Tat nicht dazu genutzt werden, um Bürger:innen wesentliche Umweltfolgen eines Projekts vorzuenthalten. Dies ist aber bis dato der Fall, denn gerade diese Unterlagen lagen nicht in der öffentlichen Anhörung im Rahmen der Umweltverträglichkeitsstudie aus. Aus diesem Grund hat der Mouvement Ecologique eine Annullierung der öffentlichen Anhörungsprozedur und die Veröffentlichung dieser Daten gefordert und letztere mittels Anwalts nachgefragt.

Das Umweltministerium hat nun jedoch diese Geheimhaltung aus für den Mouvement Ecologique nicht nachvollziehbaren Gründen bestätigt ... Ein Kniefall vor dem multinationalen Konzern?

Entsprechend wurde der Anwalt des Mouvement Ecologique bei der „*commission d'accès aux documents*“ vorstellig und fragte diese um eine Stellungnahme bzw. darum, die Herausgabe der Unterlagen beim Umweltministerium in die Wege zu leiten. Diese Anfrage ist rezent, so dass noch keine Antwort vorliegt.

Nutzung der Abwärme statt Belastung des Klimas

Google würde gemäß derzeitigen Planungen erhebliche Mengen an Abwärme in die Luft stoßen, anstatt diese sinnvoll einzusetzen. Moderne Rechenzentren speisen ihre anfallende Wärme in Fernwärmenetze ein und versorgen damit Wohnviertel, öffentliche Gebäude oder Industrieanlagen.

Diese wichtige Energie einfach an die Umwelt abzugeben – und somit zur Klimakatastrophe beizutragen – anstatt sie sinnvoll einzusetzen, ist absolut widersinnig.

Von offizieller Seite wird nicht bestritten, dass die Nutzung von Abwärme wichtig und sinnvoll wäre. Angeführt wird jedoch, Google könnte diese Verwendung nicht vorgeschrieben werden, da Luxemburg noch nicht über ein Wärmegesetz verfügt, das dies explizit regeln würde. Dem widerspricht nun der Anwalt des Mouvement Ecologique in einem Schreiben an den Minister. Die bestehende Gesetzgebung erlaubt es durchaus, derartige Auflagen im Rahmen der Vorgabe der „*meilleure technique disponible*“ zu erteilen. Die Verpflichtung, die Abwärme zurückzugewinnen und effizient zu nutzen, besteht demnach nach Ansicht des Mouvement Ecologique entsprechend sehr wohl, dies im Sinne einer zeitgemäßen und verantwortungsvollen Energiepolitik.

Das Umweltministerium wurde vom Anwalt des Mouvement Ecologique um eine diesbezügliche Stellungnahme gebeten. Allerdings ging das Ministerium in keiner Form auf diese Aspekte ein.

Neue Analyse des Öko-Instituts Berlin bestätigt – Google ist weit davon entfernt die bestmögliche Technik einzusetzen!

In einem Fact-Sheet „**Google in Luxemburg – Aktuelle Planung und Optimierungspotenziale in Bissen**“ analysiert nun das Öko-Institut - das aktiv an der Erstellung der deutschen Leitlinien des Deutschen Umweltbundesamtes für nachhaltige Datenzentren beteiligt war („*Aufbau eines Registers für Rechenzentren in Deutschland und Entwicklung eines Bewertungssystems für energieeffiziente Rechenzentren*“ 2025) – das geplante Projekt von Google in Bissen.

Die Kernbotschaften des Öko-Instituts sind eindeutig:

KERNBOTSCHAFTEN

- Der aktuelle Planungsstand entspricht nicht dem Stand der Technik.
- Jährliche Treibhausgasemissionen können um bis zu 97% gesenkt werden.
- Abwärme kann mindestens 20 Tausend Einwohner*innen sowie Industrie und Gewerbe versorgen.
- Batteriespeicher statt Dieselgeneratoren können Lärm- und Dieselrußemissionen verhindern.
- Natürliche Kältemittel können umweltschädliche Ewigkeitschemikalien (PFAS) ersetzen.
- Die Nutzung von Atomstrom stellt keine umweltverträgliche Option dar.

Das Kurzgutachten ist in deutsch, englisch und französisch einsehbar auf www.meco.lu

Schlussfolgerungen: Ein aus der Zeit gefallenes Projekt ...

Die Rollen des Umwelt- und des Wirtschaftsministeriums in diesem Dossier sind schwer nachvollziehbar.

Rolle dieser Ministerien ist es im Interesse der Allgemeinheit zu handeln d.h.

- den **Einhalt des bestmöglichen technischen Standes von Google einzufordern** (so wie es geltendes Recht vorschreibt), dies im Sinne des Klimaschutzes, einer zukunftsorientierten Energiepolitik und der Wärmeversorgung der angrenzenden Ortschaften, des Schutzes vor Lärm – Luftverschmutzung und Ewigkeitschemikalien, der Verhinderung einer weiteren unnötigen Veriegelung (siehe Einspruch des Mouvement Ecologique im Rahmen der Umweltverträglichkeitsstudie sowie Analyse des Öko-Instituts);
- sich für eine **größtmögliche Transparenz** einzusetzen, alle Daten aufgrund der gesetzlichen Vorgaben zur Informationsfreiheit vorzulegen und sich der **juristisch höchst umstrittenen Beanspruchung der Geheimhaltungsklausel durch Google zu widersetzen** und auf dieser Grundlage einer neue öffentliche Prozedur betreffend die Umweltverträglichkeitsstudie in die Wege zu leiten;
- dafür zu sorgen, dass im Rahmen der anstehenden öffentlichen Prozedur zur Betriebsgenehmigung (Kommodo-Inkommodo-Prozedur) **allen Aspekten der Einsprüche Rechnung getragen** wird;

- in **aller Transparenz den reellen Mehrwert der Ansiedlung** dieser (amerikanischen) Firma offen zu legen: Steueraufkommen, Arbeitsplätze ...;
- sich im Bereich ihrer Möglichkeiten für die „**souveraineté numérique**“ von **Europa** stark zu machen und die **Abhängigkeiten von amerikanischen und sonstigen internationalen Konzernen zu reduzieren**;
- **verfügbares Land in ausgewiesenen Aktivitätszonen** primär zukunftssträchtigen Firmen und auch in Luxemburg ansässigen Firmen, die Ausbaumöglichkeiten benötigen, zugänglich zu machen, statt wie in diesem Fall erfolgt, einem großen amerikanischen Konzern.

All dies erfolgte bis dato nicht!

Es ist nicht nachvollziehbar, warum Luxemburg einer Firma wie Google quasi den Hof hält, damit diese 34 ha wertvolles Land an einem der besten Industriestandorte Luxemburgs verbauen kann, ohne dass der konkrete Mehrwert dargelegt wird. Dies dann auch noch in Zeiten, wo Europa unabhängiger von derartigen Firmen werden will und europäische Firmen verstärkt unterstützen möchte.

Dem Fass den Boden ausschlagen würde definitiv wenn jetzt auch noch in den Sommermonaten die gesetzlich vorgeschriebene öffentliche Kommodo-Inkommodo-Prozedur – also zur Erteilung der Betriebsgenehmigung – stattfinden würde! **Es wäre den Verantwortlichen von Google durchaus zuzutrauen, dass sie gerade dann Hunderte von Seiten in die Prozedur reingeben würden**

Der Staat muss alles mögliche unternehmen, um eine derartige Situation zu verhindern.

Google wurde vor über 10 Jahren geplant – dank eigenem Verschulden verschleppte sich das Projekt. Die Luxemburger Regierung sollte der Tatsache Rechnung tragen, dass die Welt heute eine andere ist ... und auch die Sichtweise auf Google.

